

KURZ UND PRÄGNANT

CDU-Haushaltspolitik: Tricksen und Täuschen

Zu den von der CDU-Fraktion präsentierten Änderungsanträgen zum Entwurf für den Landeshaushalt stellte der Haushaltspolitiker der LINKEN, Mike Huster, fest: „Sie hat ein wackliges Kartenhaus vorgestellt. Die reale Welt hat nichts mit der CDU-Scheinwelt zu tun.“ Der LINKE-Finanzpolitiker ist besonders verwundert darüber, „mit welcher Dreistigkeit die CDU-Fraktion die Fakten verdreht, um die Verlängerung der Haushaltsberatung der Koalition in die Schuhe zu schieben. Dass der schon im August eingebrachte Haushalt erst im Januar des nächsten Jahres verabschiedet werden kann, liegt einzig und allein an der Verzögerungstaktik der CDU-Abgeordneten“.

Der Fraktionsvorsitzende Mike Mohring verbreite die Illusion, dass die CDU mit ihren Änderungsanträgen die Ausgaben für Investitionen um 750 Millionen Euro steigern wolle. Er verglich allerdings seine Zahlen mit den Ausgaben des Jahres 2016. Gegenüber dem Haushaltsentwurf für 2018 und 2019 würden die CDU-Vorschläge jedoch zu einer Kürzung der Investitionsausgaben um 100 Millionen Euro führen. „Rot-Rot-Grün investiert in ein soziales Thüringen – und zwar für alle Menschen. Mehr Geld für Bildung, Schulen und Kitas, gute Arbeit, Sicherheit, Gesundheit, Kultur und die Kommunen, so machen wir Thüringen zukunftsfit und gerechter. Wir sorgen vor und bauen die von den CDU-Regierungen hinterlassenen Schulden und in sogenannte Sondervermögen versteckten Altlasten ab.“

Sanierungskonzept für Opel begrüßt

„Keine Werksschließungen, keine betriebsbedingten Kündigungen und eine enge Kooperation mit den Gewerkschaften – Opels Sanierungskonzept respektiert die Leistungen der Belegschaft und skizziert einen Entwicklungspfad, der Opel wieder in die Erfolgsspur bringen kann“, begrüßte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag, die Eckdaten des Sanierungskonzeptes „Pace“. Sie verwies insbesondere auf die positiven Aussichten für das Opel-Werk in Eisenach und die beabsichtigte Umsetzung einer E-Mobilitäts-Strategie. Der Opel-Vorstand hatte verstärkte Investitionen zugesichert und die Fertigung des neuen SUV ab 2019. Damit wären Standort und Arbeitsplätze langfristig gesichert, da Opel seine Verkäufe im SUV-Segment bis 2021 auf 40 Prozent aller verkauften Modelle steigern will.

Mehr Austausch mit Russland notwendig

Auf Einladung der „Staatlichen Regionaluniversität Moskau“ (MGOU) waren die Vorsitzende der Thüringer Linksfraktion und Linkspartei, Susanne Hennig-Wellsow, sowie der Vorsitzende der „Deutsch Russischen Freundschaftsgesellschaft in Thüringen“ und frühere Oberbürgermeister von Suhl, Dr. Martin Kummer (CDU), vom 9. bis 12. November in Moskau.

Viele Gespräche und ein intensives politisches Programm waren für die Thüringer Gäste in der russischen Hauptstadt vorbereitet. Die LINKE-Politikerin hielt vor etwa 100 Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der MGOU einen Vortrag über die Funktionsweise des Thüringer Landesparlaments, den föderalen Aufbau der Bundesrepublik und Fragen aktueller Landespolitik. Martin Kummer legte in einer Präsentation die Arbeit der Freundschaftsgesellschaft und die Bedeutung des Austausches von Politik und Zivilgesellschaft dar.

Wissenschaftler vom Lehrstuhl für Politologie und Recht, der Lehrstuhlleiter Wladimir G. Jegorow sowie Sergej N. Fedortschenko, hielten Fachvorträge zu Fragen der russischen Zivilgesellschaft. Mit dem Assistenten des stellvertretenden Vorsitzenden des Bildung- und Wissenschaftsausschusses der Staatsduma, Nikolaew Michail Wasilevitsch, und dem Leiter der Arbeitsgruppe des Sachverständigenrats

für die Zusammenarbeit, Aleksandr Sergejewitsch, nahmen auch Vertreter des russischen Parlaments an der Debatte und den Gesprächen teil. Im kleinen Kreis u.a. mit Studierenden der Sonderpädagogik fand eine Diskussion



über Inklusion in der Bildung, Datenschutz und öffentliche Infrastruktur in Deutschland und Russland statt. Dabei wurde auch die Frage nach fachlicher Zusammenarbeit und möglichen Austauschprogrammen zwischen Thürin-

gen und der Moskauer Hochschule aufgeworfen. Ein Besuch bei der Wahlkommission des Moskauer Gebietes und ein Gespräch mit deren Leiterin Irina A. Konovalova und Mitarbeitern über die Unterschiede in den Wahlsystemen schlossen sich an. Die Kommission bereitet die Durchführung der Präsidentschaftswahlen im März 2018 vor.

Der Russland-Experte Martin Kummer führte Susanne Hennig-Wellsow zu den Sehenswürdigkeiten der Stadt – vom Kreml über die Basilikus-Kathedrale, die Duma und das Bolschoi-Theater. Selbstverständlich besuchte die kleine Thüringer Delegation auch das Ehrenmal des unbekannten Soldaten im Alexanderpark für die im 2. Weltkrieg gefallenen sowjetischen Soldaten.

Susanne Hennig-Wellsow: Sanktionen aufheben

Nach ihrer Rückkehr erklärte Susanne Hennig-Wellsow: „Wir brauchen mehr Austausch mit Russland und der russischen Gesellschaft. Besuche, direkte Kontakte und Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft, Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik können positive Entwicklungen und ein besseres wechselseitiges Verständnis ermöglichen.“ Als einen Schritt zu einer verbesserten Zusammenarbeit versprach sie, die Landesregierung zu bitten, der Kooperation mit der russischen Gesellschaft künftig einen höheren Stellenwert einzuräumen. Martin Kummer wiederholte die Forderung seiner Freundschaftsgesellschaft nach einer formalen Regionalpartnerschaft des Freistaates mit einer Region Russlands ähnlich den bereits bestehenden Partnerschaften mit Picardie (Frankreich), Malopolska (Polen), Ungarn oder Shaanxi (China).

Die Fraktions- und Landesvorsitzende sagte: „Gerade die ostdeutschen Bundesländer können durch ihre historischen Kontakte, ihre Erfahrungen, Geschichte und Sprachkenntnisse Brückenbauer zwischen West und Ost sein. Ein konstruktiver Dialog über Gemeinsamkeiten und Differenzen ist nötig. Die Sanktionen gegen Russland müssen aufgehoben werden, sie behindern Zusammenarbeit und Entwicklung.“ Sie verwies dazu auf den Beschluss des Thüringer Landtages vom März 2017, mit dem die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen gemeinsam mit der CDU ein Ende der Sanktionen gefordert hatten.

EU-Verkehrs-, Agrar- und Energiepolitik

Der Landtagsausschusses für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten und der Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz waren kürzlich auf Informationsreise in Brüssel. Als Abgeordnete der Linksfraktion vertraten Dr. Gudrun Lukin, Ute Lukasch, Diana Skibbe, Dr. Johanna Scheringer-Wright und Tilo Kummer die Thüringer Interessen vor Ort.

Dabei ging es u.a. um die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik mit der drohenden Kappung und Degression der Direktbeihilfen für Agrarbetriebe. Diese Kürzungen würden besonders die ostdeutschen Agrargenossenschaften treffen. Dr. Johanna Scheringer-Wright, agrarpolitische Sprecherin, begrüßte die Diskussion, zukünftig die Direktzahlungen auch an die Zahl der Arbeitskräfte zu koppeln. Auch die weitere Zulassung von Glyphosat wurde kontrovers diskutiert. Auf der einen Seite stehen, so Diana Skibbe, Sprecherin für Verbraucherschutz, die Ablehnung der Bevölkerung und das krebserregende Potential des Totalherbizids. Andererseits gibt es noch keine unbedenklicheren chemischen Alternativen für die pfluglose Bodenbearbeitung. „Glyphosat steht damit exemplarisch für eine Form der Landwirt-

schaft, die in der gesellschaftlichen Diskussion ist“, gab Johanna Scheringer-Wright zu bedenken. Im Verkehrsbereich wurde deutlich, dass künftige Entwicklungsziele zur CO₂-Reduktion auf Elektromobilität und alternative Antriebe, wie Wasserstoffbrennzellen, ausgerichtet werden. Klar wurde auch, dass es in Deutschland und auch anderswo ein enormes Investitionsdefizit beim Schienennetz gibt. Ein angekündigtes neues EU-Großprojekt der internationalen Lückenschlüsse macht Hoffnung darauf, europäische Hilfe für den einen oder anderen grenzübergreifenden Lückenschluss in Thüringen beantragen zu können. Die verkehrspolitische Sprecherin Dr. Gudrun Lukin machte sich dabei besonders für den Lückenschluss bei Höllentalbahn und Werrabahn in Thüringen stark.

Im Bereich Energiepolitik wurde von den Gesprächspartnern unterstrichen, dass man auf einen gesamteuropäischen Strommarkt aufgrund eines europaweiten Stromnetzes baut. Tilo Kummer, umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion, kritisierte in diesem Zusammenhang, dass die EU nicht plant, Anreize für Speichersysteme zu schaffen. „Regionale Energieerzeugung wird durch das Setzen auf große Erzeuger und Übertragungsnetze benachteiligt“, so Tilo Kummer.